

## Wall Street besetzen: ein westlicher Tahrir-Platz?

Wenn es ein Symbol für all das gibt, was unser Wirtschaftssystem an den Rand des Abgrunds gebracht hat, dann ist es die Wall Street. «Das finanzielle Gomorrah Amerikas», wird sie auf der Webseite [komsumpf.de](http://komsumpf.de) genannt. Komischerweise bleibt die New Yorker Börse jedoch von Protestaktionen meist verschont, während alle gegen machtlose Politiker wettern. Die Schonzeit soll jetzt vorbei sein. Adbusters – Aktivisten für mentalen Umweltschutz – fordern jetzt: «Occupy Wall Street». Dabei wollen sie sich einer Methode bedienen, die in Kairo erfolgreich war und in Madrid zumindest Aufsehen erregt hat: «Wir kreisen die eine Forderung ein, die wir aufstellen werden

(...) dann gehen wir raus und blockieren einen wichtigen symbolischen Ort und riskieren etwas, um unsere Forderung wahr werden zu lassen.»

Der Slogan, der den Funken entzünden soll, heisst: «Demokratie statt Konzernokratie». Initiator des Aufrufs ist das Magazin «Adbusters», das in der Vergangenheit oft zu konsumkritischen Aktionen aufgerufen hatte («Buy Nothig Day»). Die Revolutionäre hoffen, dass am 17. September 20 000 Menschen kommen werden. Wem New York zu weit ist, der kann ja überlegen, ob es zuhause auch eine Börse gibt.

RR

<http://occupywallst.org>



## Was wir nicht wissen sollen

Wie die Medien ihre grossen Themen wählen, bleibt auch manchen Journalisten ein Rätsel. Wer aber die Liste der vernachlässigten Themen der deutschen «Initiative Nachrichtenaufklärung» INA genau betrachtet, ahnt: Otto Normalbürger soll nicht merken, wie er hinteres Licht geführt wird. Hier die Auswahl der INA für das vergangene Jahr in der Reihenfolge ihrer Bedeutung:

### 1. BANKENRETTUNG OHNE WIRKSAME PARLAMETARISCHE KONTROLLE

480 Milliarden Euro des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (Soffin) und 100 Milliarden Euro aus dem Restrukturierungsfonds sollen die Bankenrettung sichern. Die Kontrolle über die Mittel lag und liegt in den Händen von Finanzbeamten und ehemaligen Bankenchefs – das Parlament kann sie nicht kontrollieren. Drei Experten hatten seit Herbst 2008 die Möglichkeit, in Form von Krediten und Bürgschaften fast doppelt so viel Geld an Banken zu vergeben, wie Deutschland in einem Jahr einnimmt. Kontrolliert wird dies von fünf weiteren Experten. Neun Parlamentarier in einem für die Bankenrettung zuständigen Gremium haben nur Informationsrechte, dürfen aber keine Original-Dokumente sehen. Sie haben noch nie eine Entscheidung der Experten abgelehnt. Kritiker sehen darin eine Verletzung des Haushaltsrechts des Bundestags. Mittlerweile ist aus dem Notpaket eine Dauerinstitution geworden. Deutschland ist damit auf dem Weg zur Expertokratie – weitgehend unbeachtet von den deutschen Medien.

### 2. FLÄCHENDECKEND SCHADSTOFFE AN SCHULEN IN NRW

Viele Schulgebäude in Nordrhein-Westfalen sind schadstoffbelastet und gefährden die Gesundheit von Lehrern und Schülern.

### 3. MILITÄRFORSCHUNG AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Das Bundesverteidigungsministerium finanziert Forschungsprojekte im Umfang von rund einer Milliarde Euro im Jahr. Einige Universitäten haben Zivilklauseln in ihre Statuten aufgenommen, die jegliche militärische Nutzung ausschliessen.

### 4. GRUNDRECHT AUF GESUNDHEIT – NICHT FÜR ALLE

Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus haben in Deutschland nur in Nottfällen Anspruch auf ärztliche Hilfe. Eine medizinische Grundversorgung und die Behandlung chronischer Krankheiten sind nicht gewährleistet. Betroffen sind etwa 125 000 Menschen.

### 5. ÄRZTLICHE VERSORGUNG IN ALTENHEIMEN MANGELHAFT

In Deutschland leben über 700 000 Menschen in Alten- oder Pflegeheimen. In diesen Einrichtungen fehlt es an medizinischer Versorgung.

### 6. DER VERGESSENE KRIEG IM KAVKASUS

Russland hat die Tschetschenien-Kriege für beendet erklärt, aber in der Kaukasusregion ist noch lange kein Frieden eingeleitet. Im Gegenteil: Seit Anfang der 1990er Jahre gehören Menschenrechtsverletzungen der tschetschenischen Regierung und terroristischer Kräfte zum Alltag – bis heute.

### 7. DOPING IM FUSSBALL

Doping existiert auch im Fussball. Anders als in anderen Sportarten wie dem Radsport oder der Leichtathletik erfährt diese Problematik jedoch kaum journalistische Aufmerksamkeit.

### 8. ALTERNATIVE GELDSYSTEME

Das bestehende Geldsystem wird unkommentiert hingenommen. Die Presse berichtet kaum über Hintergründe und Alternativen.

### 9. DER NOCEBO-EFFEKT

Schon das Wissen über Nebenwirkungen von Medikamenten und über Krankheitsverläufe kann Symptome auslösen. Diese sogenannten Nocebo-Effekte können tödlich verlaufen – selbst, wenn der Patient die Worte des Arztes nur falsch verstanden hat.

### 10. DIE MISERE DER ERFINDER IN DEUTSCHLAND

Erfinder sind der Motor der Wirtschaft. In Deutschland wird ihre Kreativität jedoch vielfältig behindert.

Die INA wurde 1997 gegründet und ist ein Gemeinschaftsprojekt folgender Hochschulen: TU Dortmund, Universität Bonn, Universität Siegen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und MHMK Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation. Vorbild der Initiative ist das US-amerikanische «Project Censored».

Ziel der INA ist es, wichtige Nachrichten und Themen, die in den Medien nicht genügend berücksichtigt wurden, stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

Medienschaffende, gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Institutionen, aber auch alle Bürger können bei der INA ihrer Meinung nach vernachlässigte Themen einreichen. Die Themenvorschläge werden von Studierenden in Recherche-Seminaren der beteiligten Hochschulen auf Richtigkeit und Vernachlässigung geprüft. Alle Themen, die dieser Prüfung standgehalten haben (meist rund 20), werden der Jury der INA vorgelegt. Diese entscheidet dann über die gesellschaftliche Bedeutung der Themen, indem sie jeweils im Juli die Rangliste der vernachlässigten Top-Themen des vergangenen Jahres kürt.

Die Jury der INA setzt sich aus Journalisten und Wissenschaftlern zusammen, u.a. Prof. Dr. Peter Ludes, Reiner Metzger (taz), Dr. Jörg-Uwe Nieland, Prof. Dr. Horst Pöttker, Prof. Dr. Christian Schicha, Prof. Dr. Ulrike Spree und Rita Vock (DLF).

CP

Quelle: Daniel Drepper, INA

Links: [www.nachrichtenaufklaerung.de](http://www.nachrichtenaufklaerung.de); [www.derblindefleck.de](http://www.derblindefleck.de)

## Der Panda wehrt sich – mit neuen Behauptungen

Der von der ARD ausgestrahlte Film «Der Pakt mit dem Panda – was uns der WWF verschweigt»<sup>1</sup> hat zu einer heftigen Debatte geführt. Um der wachsenden Kritik zu begegnen, hat der WWF die Website «Faktencheck» aufgeschaltet. Darin geht es allerdings nicht nur um Fakten, sondern um neue Behauptungen, wie der nachfolgende Ausschnitt aus der Entgegnung des Filmautors Wilfried Huismann zeigt:

### Der WWF behauptet, er sei nicht an der Vertreibung der Adivasi in Indien beteiligt

Fakt ist, dass der WWF die Tiger-Politik des indischen Staates seit 1972 entworfen hat. Danach sind die Kernzonen der Tigerreservate von Menschen frei zu machen. Die Regierung Indira Gandhis begann damit, die Adivasi, die seit Jahrhunderten in den Wäldern mit Tigern zusammengelebt haben, gewaltsam umzusiedeln. Aufgrund heftigen Widerstandes kamen die Zwangsumsiedlungen allerdings zum Erliegen. Der WWF Indien erhob daraufhin im Jahr 1995 Klage vor dem Obersten Gerichtshof Indiens. Der gab der Klage statt und ordnete an, dass alle Bundesstaaten die Umsiedlungsmassnahmen gegen die Adivasi innerhalb eines Jahres abschliessen müssen. Der WWF Indien feierte diesen Beschluss als grossen Erfolg – für 4 Millionen Adivasi, die in den Schutzgebieten lebten, war er eine existenzielle Bedrohung. In den meisten betroffenen Gebieten kam es zu Unruhen und Gewalt.

Im WWF-«Jahr des Tigers» (2010) hat Indien die Zahl der Tigerreservate – unter Beteiligung des WWF – auf 39 erhöht, acht weitere sind in Planung. Wiederum sind bis zu einer Million Menschen von Umsiedlungsmassnahmen bedroht, auch wenn inzwischen Entschädigungen an die Vertriebenen gezahlt werden. Von «freiwilliger Umsiedlung», wie der WWF im «Faktencheck» behauptet, kann allerdings nicht die Rede sein. Um die Stämme unter Druck zu setzen, verbietet die

Forstverwaltung ihnen die Nutzung des Waldes. Sie dürfen nicht mehr jagen, keine Früchte und kein Holz sammeln. Um nicht zu verhungern, akzeptieren die Stämme in vielen Fällen die Umsiedlung. Auch diese «sanfte» Umsiedlung läuft auf eine ethnische Säuberung hinaus. Die Adivasi sind kastenlos; die meisten von ihnen gehen in den Slums der Metropolen zugrunde.

### Der WWF behauptet, dass er die Gentechnik grundsätzlich ablehnt

Im «Faktencheck» behauptet der WWF, er sei grundsätzlich gegen Gentechnik im Agrarbereich, Dr. Jason Clay, der sich offen zum Anbau von Gensoja bekennt und der gemeinsam mit dem Gentechnik-Konzern Monsanto die Anwendung der Gentechnik auch bei vielen anderen Pflanzen verlangt, sei eine «Aussenseitermeinung» im WWF. Wahr ist: Er ist Vizepräsident des WWF der USA – und im WWF International Koordinator für den Bereich Marktbeziehungen und Agrarpolitik. Er ist also die offizielle Stimme des WWF in dieser Sache. Der WWF hat mit Monsanto, Syngenta, Bayer, Nestlé, Cargill und anderen Teilnehmern des Round Table on Responsible Soy (RTRS) beschlossen, dass das RTRS-Zertifikat für «verantwortungsvollen Anbau» jetzt auch für Gen-Soja gilt. In den 2010 beschlossenen Standards heisst es wörtlich: «This standard applies to all kinds of soybeans, including conventionally grown, organic, and genetically modified (GM). It has been designed to be used for all scales of soy production and all the countries where soy is produced.» Übrigens: Auch das Büro des WWF in Brüssel vertritt bei Hearings mit der Europäischen Union sehr massiv das RTRS-Zertifikat und hat mit durchgesetzt, dass es von der EU als Beweis für «nachhaltig» gewonnene Biomasse im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie anerkannt

wird. Mit Hilfe des WWF ist es der Gentechnikbranche gelungen, in Europa einen grossen Fuss in die Tür zu bekommen. Nach Ansicht des Deutschen Naturschutzringes (DNR) fällt der WWF damit «leider auch vielen Umweltorganisationen in den Rücken, die seit Jahren die Umwelt- und Gesundheitsgefahren der Gentechnik-Soja anprangern». In einem Brief an den Präsidenten des WWF Deutschland, Prof. Drenckhahn, kritisiert der DNR am 9.2.2011 den Runden Tisch für verantwortungsvollen Soja (RTRS): «Der RTRS hält ein längst gescheitertes System von Landwirtschaft künstlich am Leben. Indem er Gentechnik-Soja mit einem Nachhaltigkeitszertifikat versieht, sichert er die Gewinne von Monsanto und Co. ab.»

Detaillierte Informationen:

Was uns der WWF verschweigt: <http://bit.ly/jZhAR9>,  
Der «Faktencheck» des WWF: <http://tinyurl.com/6dls58g>,  
Wilfried Huismann: [www.wilfried-huismann.de/](http://www.wilfried-huismann.de/),  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Der\\_Pakt\\_mit\\_dem\\_Panda](http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Pakt_mit_dem_Panda)

*Das Krisenmanagement des WWF gleicht dem eines Politikers, der entlarvende Enthüllungen erst einmal abstreitet, bis er dann schliesslich trotzdem vom Thron fällt. Experten raten in einem solchen Fall: Hinstehen, die Fehler zugeben, die Ursachen beheben und mit der Arbeit auf neuer Basis weiterfahren. Das ist zu Beginn sehr schmerzhaft, aber letztlich die einzige Möglichkeit. Warum der WWF dies nicht schafft, ist schwer zu ergründen. Vermutlich ist er von seiner Unfehlbarkeit wie andere Umweltorganisationen so sehr überzeugt, dass eigene Fehler in seiner Selbstwahrnehmung gar nicht vorkommen – eine päpstliche Organisation gewissermassen. Da helfen auf Dauer nur zwei Dinge: Stopp des Ablasshandels und eine gründliche Reformation.* CP

## Genossenschafter der Energiewende werden

«Nicht nur A sagen, sondern auch B tun» dies erwartet Amadeus Wittwer zumindest von den 20 000 Menschen, die im Mai am «Menschenstrom gegen Atom» teilgenommen haben. Mindestens 2000 von ihnen sollen die Energiewende aktiv mitgestalten und Mitglied von der «Energie Genossenschaft Schweiz» werden. Wenn bis zum 1. November 2000 Anteilscheine à 500.- reserviert werden, wird die Genossenschaft ins Leben gerufen.

Aus Kleinem soll Grosses entstehen: Die «Energie Genossenschaft Schweiz» will kleine, dezentrale Solarkraftwerke verteilt auf viele, einzelne Hausdächer bauen. In Zukunft soll der so produzierte Strom in eine Energie-Allmende eingespeist werden, aus der alle Genossenschafter ihren Energiebedarf decken. Diese wird absichtlich mit einer Obergren-

ze limitiert sein, sodass jeder Haushalt nicht nur saubere, sondern auch weniger Energie braucht. Es richtet sich also besonders an jene, die bewusst ihre Energiequelle wechseln und mit weniger auskommen wollen. Was die Obergrenze sein wird, werden die Genossenschafter selbst bestimmen – man könnte sich z.B. nach den 2000-Watt-Gesellschaft Zielen richten, sagt Wittwer.

Wer mitmacht, kann verschiedenartig davon profitieren: Zum Beispiel auf dem eigenen Dach eine Solaranlage finanzieren lassen, zum Selbstkostenpreis Solarpanels kaufen, zu einem fairen Preis Solarenergie beziehen oder mitbestimmen, was mit den Überschüssen der Genossenschaft geschehen soll.

<http://www.energiegenossenschaft.ch>

## Der Phoenix erhebt sich

Nach dem Erfolg der letztjährigen Konferenz «Green Phoenix Rising» auf der Schweibenalp bei Brienz, wird sie im November im erweiterten Rahmen und unter dem Titel «Die Wasser des Lebens» fortgesetzt. Im ersten Teil der Woche finden vier parallele Symposien statt zu den Themen Ökologie, Ökonomie, Zusammenleben und Bewusstsein. Die Konferenz im zweiten Teil der Woche ist der Synthese der Symposien und der Konkretisierung der Projekte und der Bildung eines Netzwerkes gewidmet.

Und wie immer auf der Schweibenalp: gemeinschaftliche, künstlerische, kulturelle und spirituelle Grundstimmung und hervorragendes biologisches, saisonales und lokales Essen.

Green Phoenix Kongress: Die Wasser des Lebens. 22. bis 28. November 2011. Zentrum der Einheit Schweibenalp, 3855 Brienz. [www.schweibenalp.ch](http://www.schweibenalp.ch)